

Verfahrensschritte Übertragung einer Beistandschaft

Lesehinweis: Die linksbündigen Verfahrensschritte sind von der bisherig zuständigen KESB A zu tätigen, die rechtsbündigen Verfahrensschritte sind von der neu zuständigen KESB B zu tätigen.

1. Die für die Führung der Massnahme zuständige KESB A gelangt im Zuge einer entsprechenden Sachverhaltsabklärung zum Schluss, dass a) eine betroffene, nicht unter umfassender Beistandschaft stehende Person ihren *Wohnsitz* an einen Ort im örtlichen Zuständigkeitsgebiet der KESB B *gewechselt* hat bzw. dass b) der auf Dauer angelegte Aufenthaltsort einer unter umfassender Beistandschaft stehenden Person an einen Ort im örtlichen Zuständigkeitsgebiet der KESB B verlegt worden ist und die Voraussetzungen für einen Wohnsitzwechsel erfüllt sind. Die KESB A klärt weiter, ob *keine wichtigen Gründe* im Sinne von Art. 442 Ziff. 5 ZGB gegen eine Übertragung an die örtlich neu zuständige KESB B sprechen und ob der Beistand oder die Beiständin bereit und geeignet ist, die Beistandschaft unter neuer Zuständigkeit weiterhin zu führen, und ob dies im Interesse der betroffenen Person liegt.
 2. Die KESB A teilt der örtlich neu zuständigen KESB B den Sachverhalt mit und richtet eine *Anfrage* (in Briefform) an diese betr. Bereitschaft zur Übernahme der Massnahme, ggf. mit der bisherigen Beistandsperson, sowie zum möglichen Übernahmezeitpunkt.
 3. Die KESB B prüft die Anfrage, klärt im Falle der Notwendigkeit eines Beistandswechsels, wer neu als Beistand oder Beiständin zu ernennen sein wird [Variante: diese Klärung kann ggf. auch erst später, spätestens vor Schritt 5 erfolgen] und teilt ihre *Antwort* (in Briefform) unter Nennung eines konkreten Datums für die Übernahme der KESB A mit.
- Evtl. Zwischenschritte im Falle unterschiedlicher Auffassungen der beiden beteiligten KESB: *Meinungsaustausch* (Art. 444 Abs. 3 ZGB)/*Einschaltung der gerichtlichen Beschwerdeinstanz von KESB A* (Art. 444 Abs. 4 ZGB)/*Weiterzug ans Bundesgericht* (Beschwerde in Zivilsachen gemäss Art. 72 Abs. 2 lit. b Ziff. 6 BGG).
4. *Übertragungsbeschluss der KESB A* (Übertragung der Massnahme an KESB B per [Datum]/Einladung an den Beistand oder die Beiständin, per [Datum] Bericht und Rechnung (im Falle der vorgesehenen Weiterführung der Massnahme durch die bisherige Beistandsperson) bzw. Schlussbericht und Schlussrechnung (im Falle des vorgesehenen Beistandswechsels) zu erstatten/Rechtsmittelbelehrung/Eröffnung an betroffene Person, bisherige Beistandsperson, KESB B.

5. *Übernahmebeschluss der KESB B* (Übernahme der Massnahme per [Datum]/Bestätigung der bisherigen Beistandsperson [Variante: nur vorläufige Bestätigung und Vorbehalt eines definitiven Bestätigungsentscheides nach Kenntnisnahme des Berichtes und der Rechnung] bzw. Ernennung der neuen Beistandsperson/Rechtsmittelbelehrung/Eröffnung an betroffene Person, bisherige Beistandsperson, ggf. neue Beistandsperson, KESB A, ggf. [bei Vermögensverwaltung] Mitteilung an Betreibungsamt B.

Erstellung von (Schluss-)Bericht und (Schluss-)Rechnung durch bisherige Beistandsperson.

ggf. *Amtsübergabe und -übernahme* an bzw. durch neue Beistandsperson.

6. *Prüfung* von (Schluss-)Bericht und (Schluss-)Rechnung durch KESB A/*Beschluss betr. Genehmigung* und Entlastung bzw. (evtl. teilweise) Verweigerung derselben/Rechtsmittelbelehrung/Eröffnung an betroffene Person, bisherige Beistandsperson, ggf. neue Beistandsperson, KESB B.

7. *Kenntnisnahme* von (Schluss-)Bericht und (Schluss-)Rechnung durch KESB B/ggf. definitiver Entscheid betr. Bestätigung der bisherigen Beistandsperson bzw. Ernennung einer neuen/ggf. Einladung zur Prüfung von *Verantwortlichkeitsansprüchen (Fristbeginn)*.